

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Urkunden und Akten der Stadt Strassburg

1540 - 1545

Straßburg

Straßburg, 1898

1546

[urn:nbn:de:bsz:31-333364](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:31-333364)

für den Fall, dass das Kolloquium in Regensburg scheiterte, eine bessere Form des Gesprächs beantragen sollten, um den «Unglimpf» von sich abzuwälzen, als wollten sie keine Vergleichung [nr. 649]. Im übrigen wird beschlossen, auf jeden Fall bei der Augsburger Konfession zu bleiben und auf dem Reichstage «nichts on erlangung frid und rechtens zu bewilligen.»

Sachsen und Hessen ermahnen die Stände zu scharfer Beaufsichtigung der Prädikanten und ihrer Lehre durch Superintendenten und durch jährliche Visitationen.¹ Württemberg klagt über die Vermehrung der Wiedertäufer und Schwenkfeldischen und wünscht Vorschriften, wie man sich gegen sie halten sollte.

Hessen zeigt an, dass die zu St. Goar arrestierten Waren [S. 699] etlichen Kaufleuten gehören sollen. «ist fur gut angesehen, wer gut kuntschaft bringt, sin war folgen zu lassen.»

5. Januar. Ausschusssitzung. «Ist ein schreiben von h[erzog] Barnim von Pomern verlesen worden an die stend; beklagt sich, das <im> [er], uber das er bis in 5 oder 6 jor umb declaration in der denmarkischen sach angesucht, kein trost oder bescheid erlangen megen, derhalben er zu Spir protestiert und nochmoln zu Nurnberg wider repetiert.² referiert sich ad acta; acht, sei nit schuldig, verner hilf zu thun»; doch stellt er die Entscheidung den Ständen heim, ob er seine Anlage noch zu zahlen habe oder nicht. «erkant, im widerzuschreiben und die stend, das die erklerung verzogen worden, entschuldigen und bitten, sin anlag zu geben.»

«Verner ist gefragt worden, so der gemein pfennig nit bewilligt wurde zu disem werk, wie man dan die anlag also machen mocht, das die verstantnüs nit zergienge, und das man in disen sorglichen leufen ein vorrat hett. post longas disputationes sind wir wider in den gemeinen pfennig als den glichmessigsten weg kommen. und hat sich Goslar under andern reden horen lossen, die sachsichen stett haben nit mer dan 6 monat bewilligt; die seien nun geleist,³ derhalben si nicht mer uf die alten anlagen hilf zu thun schuldig, sonder soll mit inen verner vermog der verfassung gehandelt werden. aber post longas disputationes kein weg funden worden, wie man zu gleicher anlag käme.» Württemberg ist dagegen, dass der gemeine Pfennig angegriffen werde, will aber ein oder zwei Doppelmonate erlegen. Endlich wird für gut angesehen, «das ein jeder vereinigter stand 1 doppelmonat zum vorrat erlege; wurd man dan des gemeinen pfennigs halber zu Regenspurg einig, so näme ein jeder sin gelt wider und erlege den gemeinen pfennig; wo nit, hielt man sich der einigung.» Goslar beschwert sich hierüber namens der sächsischen Städte.

6. Januar. Allgemeine Sitzung der verbündeten Stände. Lüneburg will auf die vom Ausschuss vorgeschlagene Erlegung eines Doppelmonats erst eingehen, wenn die Verbündeten ihm ihre Schulden vom braunschweigischen Feldzug her bezahlt haben. Württemberg und «vast alle oberlendisch stett» bewilligen den Doppelmonat. Bremen stellt sich dazu wie Lüneburg; Göt-

¹ Vgl. Neudecker Akt. 531.

² Vgl. oben S. 222, 345, 348, 415.

³ Im braunschweigischen Kriege. Vgl. oben nr. 642.

tingen will nur zahlen, wenn seine Anlage verringert wird. Die andern sächsischen Städte sowie Anhalt und Mansfeld haben auch allerlei einzuwenden; die meisten wollen aber die Sache hinter sich bringen. Endlich wird auf Sachsens und Hessens Antrag beschlossen, dass die einzelnen Stände sich bis zum 1. März bestimmt äussern sollen, ob sie den gemeinen Pfennig erlegen wollen oder nicht.

7. Januar. Die Sächsischen, Hessischen und Sturm zeigen den dänischen Gesandten den Stand der Verhandlungen an und erkundigen sich nach ihren Aufträgen.

«Die landgr[ä]fischen] regen an, wie Kleinhans, der furman, bringt instrumenta, das die haken¹ etlichen kaufleuten zu Antorf zugehören sollen. dweil aber us Antorf ander kuntschaft kumt,² als ob si durch kaufleut zu Meiland, die Thiboldi und Rotuli genant, ufgnommen, under iren zeichen dem babst, der si bezalt, herauszufertigen, begern si [die Hessischen] rats, wes si sich halten sollen.»³

Mit allen evangelischen Ständen innerhalb und ausserhalb des Reichs soll gehandelt werden, «ob man si zu der recusation [des Konzils] und hilf vermogen möcht.» Auf Fürstenbergs Ansuchen um Aufnahme in den Bund «ist bedacht, im den vergriff des gemeinen pfennigs furzuschlagen und alsdan die sachen wider gen Regensburg bringen und mittler weil ein jeder die sach heimbringen und bevelchs erholen.»

8. Januar. Besprechung einzelner Artikel der alten Bundesverfassung. Die Frage der «beharrlichen Hülfe» ist von der Bewilligung des gemeinen Pfennigs, die Zahl der Stimmen und Kriegsräte von dem Eintritt weiterer Stände in den Bund abhängig; der Beschluss darüber wird deshalb auf den Reichstag verschoben. Die Vereidigung der Stimmräte wird vom Landgrafen aufs entschiedenste abgelehnt, da man damit im schwäbischen Bund sehr schlechte Erfahrungen gemacht; Hessen will eher austreten, als sich darauf einlassen. Von Sachsen steht die Entscheidung in dieser Frage noch aus; die Gesandten meinen aber, «ir her¹ werd sin vorig meinung nit bald endern.» Bezüglich der Hauptmannschaft sagen die Sächsischen, «ir gnedigster her sei libs halber nit mer tauglich dozu.» Auf nächster Zusammenkunft sollen sich Sachsen und Hessen bestimmt über die Hauptmannschaft äussern.

Die Augsburger Gesandten zeigen an, dass ihnen von ihren Herren bezüglich des gemeinen Pfennigs Antwort zugekommen sei, «das inen derselb bei irer burgerschaft zu erheben unmöglich, das es auch inen bi kai. mt. und den stenden des richs unverantwortlich und das ansehen wurd haben, das die ursachen, darumb si den gemeinen pfennig uf dem spirischen richstag gewaigert, allein ein schin gewesen weren; derhalben bitten si, ir domit

¹ Die beschlagnahmten Waffen. Vgl. oben S. 705, 699.

² Diese Nachricht kam über Augsburg. (Neudecker Akt. 628).

³ Am 11. Januar berichten die hessischen Gesandten ihrem Herren von einem Schreiben Bucers aus Regensburg an Sturm [*], wonach ein glaubwürdiger Mann aus Venedig, «der Bamberger genant,» angezeigt habe, dass der Papst viele «haken und handwer» in Bergamo und Brescia habe anfertigen lassen. Als aber der Kaiser geschrieben, «das villich diser zeit nichzit furzunemen were, so hette der bapst das volk geurlaubt und die haken under die kaulleut hin und wider gesteckt und geschoben.» (Neudecker Akt. 649).

zu verschonen. si wollen sich aber gern in geheim sonst mit den stenden umb ein ansehnlich summa gelts anstatt des gemeinen pfennigs verglichen.»

Der Kurfürst v. d. Pfalz hat geschrieben, er sei bereit, sich an der Gesandtschaft der Stände zu Gunsten Kölns zu beteiligen.

Die dänischen Gesandten erklären, ihr Herr sei nicht abgeneigt, sich dem Vorgehen der Protestierenden in Sachen Kölns und des Konzils anzuschliessen, erwarte aber noch näheren Bericht. Dieser wird ihnen gegeben.

9. Januar. Zusammenkunft der sächsischen, hessischen, württembergischen, augsburgischen Gesandten und Sturms. Franz Burkhardt berichtet von der tröstlichen Antwort, die der Kurfürst v. d. Pfalz den Gesandten Hermanns gegeben, des Inhalts, «das er lib, leben, land und leut bei ime zusetzen wölle, mit dem muntlichen anhang, ein man soll sich wol bedenken, was er zusage; so er es aber zugesagt, soll er es halten.» Sturm bringt es dahin, dass beschlossen wird, eine Botschaft an Kurpfalz zu schicken [nr. 647], deren Instruktion Burkhardt anfertigen soll.¹ Danach kommen Briefe Schertlins,² des Inhalts, dass Pfalz bereit sei, am 24. Januar mit dem Landgrafen in Frankfurt zusammenzutreffen. Trotzdem soll die Gesandtschaft an Pfalz stattfinden.

10. Januar. Die gesamten Stände bewilligen die vom Ausschuss vorgeschlagene Sendung an Pfalz. Zu derselben werden Eberhard v. d. Than, Wilhelm von Massenbach und Sturm bestimmt.³

Die dänischen Gesandten zeigen an, ihr Herr sei nicht ungeneigt zur Erstreckung des Bundes; letzterer sollte aber nicht bloß auf Religionsachen beschränkt sein.

11. Januar. Abreise Sturms mit der Gesandtschaft nach Heidelberg. Ankunft daselbst am 12., Werbung im Schloss am 13., Rückreise am 14., Ankunft in Frankfurt am 15. Januar.

16. Januar. Bericht an die Stände über die Werbung bei Kurpfalz.⁴ Die Stände schreiben dem Landgrafen, er möge sich am 24. Januar zur Besprechung mit dem Pfälzer in Frankfurt einfinden; gleich darauf kommt Nachricht vom Landgrafen, «das er mit eim gaul gefallen,» und deshalb erst am 29. Januar kommen werde.⁵ Infolgedessen fügen die Stände ihrem Schreiben noch ein Postskript bei, worin sie bitten, Philipp möge wenigstens am 25. oder 26. erscheinen.⁶

17. Januar. Die kölnischen Gesandten zeigen den Gesandten Sachsens, Hessens und Strassburgs an, ihr Herr sei «in gewisser erfahrung», dass der

¹ Die Instruktion ist gedruckt Neudecker Akt. 637. Sie enthält die Bitte, in der angefangenen Reformation fortzufahren, auf dem Reichstage für die Evangelischen einzutreten und auf die jetzige Frankfurter Versammlung Gesandte zu schicken.

² D. d. Heidelberg Januar 8. Gedr. Neudecker Akt. 629. Vgl. auch Herberger 60.

³ Vgl. Neudecker Akt. 647.

⁴ Bei den Strassburger Akten findet sich keine Aufzeichnung über die Werbung der Gesandten und die Antwort des Pfalzgrafen. Vgl. oben A. 1, ferner Hedio's auf Sturmschen Berichten beruhende Briefe vom 24. und 26. Januar an Philipp von Hanau und Albrecht von Preussen bei Varrentrapp, Forschungen z. d. Gesch. XXI 351 n. 2 und bei Voigt, Briefw. mit Albrecht 332.

⁵ Erwähnt bei Neudecker Akt, 659 A.

⁶ Gedruckt bei Neudecker Urk. 773.

Kaiser Befehl gegeben habe, 10 000 Knechte und einige tausend Pferde anzunehmen, die mit ihm zum Reichstag ziehen sollten, und zwar durch das Bistum Köln.

Beratung über Aufnahme Wilhelms von Fürstenberg, Donauwörths, Kaufbeurens, Münsters, Sebastian Schertlins. Der Kurf. von Sachsen hat geschrieben, er könne sich auf den gemeinen Pfennig nicht einlassen, wolle aber soviel erlegen «als einicher fürst oder stand in diser verstentnus, als der landgrave, als h. Ulrich, als die beid von Pomern; dan den gemeinen pfennig könne er nit geben, es sei uf einem richstag oder sonst beschlossen, was es woll. so will er ehe alle abenteur bestone.»

20. J a n u a r. Die Mitteilungen Kölns vom 19. werden den Ständen angezeigt, welche den Erzbischof zur Vorsicht und zu weiteren Erkundigungen ermahnen. Wenn Truppen aus Italien über die Alpen kämen, sollten sich nach Ansicht des Ausschusses die Oberländer zusammenthun «und si, sobald si uf die ebene kämen, zu schlagen» suchen, «ehe die haufen zusammenkämen.» Ferner sollten die Stände in ihren Gebieten keinerlei Werbungen dulden und ihren Unterthanen befehlen, zu Hause zu bleiben.

21. J a n u a r. «Landgrave begert, ob mich für gut ansehe, das er seinem gesandten bevelch gebe, mit Granvella zu reden oder im zu schreiben von den rustungen us Italien und Niderlanden.» Ferner wünscht Philipp Sturms Rat, ob er mit Heinrich von Braunschweig reden solle, welcher behaupte, viel von päpstlichen Praktiken zu wissen, die er ihm, dem Landgrafen, persönlich mitteilen wolle. «ut scribat Granvellido, placuit; sed disuasimus colloquium brunsvicense.»

Ein von Aitinger entworfener «Vergriff», betreffend die Hülfe für Köln[*]¹, wird von der Mehrzahl der Botschaften «auf hindersichbringen angenommen.»

Herzog Philipp von Pommern hat dem Kurf. v. Sachsen mitgeteilt, er wolle gern im Bunde bleiben, könne dies aber ohne seinen Vetter, Herzog Barnim, nicht thun. Sobald er dessen Bedenken gegen das Verbleiben im Bunde überwunden habe, wolle er sich wieder an den Beratungen der vereinigten Stände beteiligen.

22. J a n u a r. Der Auszug des Dr. Hieronymus zum Lamb aus den Ratschlägen betreffend das Tridentiner Konzil wird verlesen. Der Verfasser erhält den Auftrag, einige Aenderungen vorzunehmen und das Ganze «in formam recusationis» zu bringen.

23. J a n u a r. Vorlage von Bundesrechnungen.

25. J a n u a r. Beratschlagung, «was der landgrave mit Pfalz handeln soll frid, rechtens, Coln und der religion halber. und ist bevolen dem Aitinger, solichs in die feder zu bringen.»²

Franz Burkhardt erhält den Auftrag, eine «Notel» zu verfassen, wie mit den Ständen, die in den Bund eintreten sollen oder wollen, zu handeln sei

¹ Vgl. G. Schmidt 83. Es heisst darin sehr allgemein, die Stände sollten sich, wenn Köln in allernächster Zeit angegriffen würde, bereit halten, ihn mit Reitern und Fussvolk zu unterstützen.

² Der Landgraf selbst wünschte eine solche Anweisung seitens der Stände, damit sie nicht nachher sagen könnten, er hätte zuviel oder zu wenig gethan. Vgl. Neudecker Akt. 660.

26. Januar. «Die neu notel der verfassung gehört, so Aitinger gestölt.» Sie soll in einigen Punkten geändert und dann wieder vorgelegt werden.

27. Januar. Der Landgraf schickt neue Kundschaften von Werbungen im Stift Paderborn, Utrecht etc; ferner soll Albrecht von Brandenburg auf dem Eichsfeld Reiter werben lassen. Philipp erneuert deshalb seinen Antrag auf Gegenrüstungen. Bei der Beratung hierüber will Württemberg 20 000 fl. bewilligen. Sturm sagt, sofern die feindlichen Rüstungen gewiss seien und alle Stände helfen wollten, werde sich Strassburg nicht absondern. Augsburg will 40 000 fl. bewilligen; doch sollte die Hälfte im Oberland verwendet werden. Ulm und die von ihm vertretenen Städte haben «kein bevelch zu bewilligen.» Bremen erklärt es für «beschwerlich, all jar also gelt spülen,» will sich aber schliesslich nicht sondern. «ist also, dweil der merteil nit bevele haben, bliben anstone.»

28. Januar. Ankunft Kurf. Friedrichs von der Pfalz, der Pfalzgrafen Ottheinrich und Wolfgang sowie des Landgrafen.

29. Januar. «Haben der landgrave und die sachsische rät dem pfalzgraven des fridens, rechtens, der colnischen hilf halber und der vereinigung halber furhaltung gethon, wie hievor davon geratschlagt [S. 708]. doruf Pfalz bedacht genommen.»

Neue Kundschaften Hessens über Werbung von 4000 Knechten im Stift Bremen und über Annahme von 1000 Reitern durch Albrecht von Brandenburg für den Kaiser. Auf Philipps abermaliges Ansuchen um Bewilligung von wenigstens 10 000 oder 15 000 fl. für Gegenrüstungen erfolgt von den einzelnen Ständen ähnliche Antwort wie am 27. Januar. «doruf die Sachsische und Hessische gesagt, si wollen der sach verner nachgedenken.»

30. Januar. Im Ausschuss «ist des churf. plalzgraven antwort furbracht worden, die er dem landgraven, dan er am gries krank worden, durch sine ret geben: frid belangend, hab er nie gern gesehen, das derselb sorglich und disputierlich ufgericht. das recht [belangend], wer erschrecklich, daß kein recht im reich sin solt. wolt uf dem richstag, so er fur sich ging, daruf handeln neben und mit andern churfursten, damit frid und recht vermog des spirischen abschids ufgericht. concilii halb acht er, dise stend werden noch notturft doruf bedacht sein; acht, es werd kein füngang haben. so es aber schliessen [sollte] contra religionem vel libertatem, well er sich gern mit disen stenden vergleichen. Coln halben hett er 3 geschriften empfangen.¹ die wust er nit zu verbessern, dweil die in bedenken gestellt. wo aber Coln angefochten und er, Pfalz, ersucht, wust er in mit nichten zu verlassen, und [würde sich] der hilf halb also erzeigen, das dise stend befinden solten, das er im genug gethon. so aber der bischof abgon solt, acht <aber> [er], dise stend seien daruf bedacht, wie es in dem fall gehalten oder furkommen mocht werden, das die stimme im churfurstenrat nit abgieng. der verstentnus halb hett er 3 noteln empfangen.² were bedacht, sich us

¹ Am Rande sind sie aufgezählt: 1) die antwort colnischen gesanten geben. 2) das bedenken des gemeinen pfennigs. 3) das bedenken, so die eil furfiel.

² Am Rande steht zur Erläuterung: 1) gemein einigung [von 1531 und 1536]. 2) die verfassung [des Bundes von 1536]. 3) die neu notel.

dem zwispalt zu warer religion zu thun; wer im werk, gedecht es zu volenden. das werd mit lieb nit zugon. dorumb ist im nit zuwider, ein notwendige fursehung zu thun, domit er bi diser religion gelassen würd. dweil er aber neu zu disem handel keme und der sach kein erfahrung oder bericht hett, so acht er, Hessen et alii wurden unbeschwert sein, ime ein volkomen bericht zu thun, domit si¹ alle gelegenheit vernämen möcht. dan die ein geschrift² ist nit us colligiert [?] sonder zu weiterm bedacht gezogen. so im der bericht wurd, begert er ime ein bedacht zu lossen, dweil ander auch ein bedacht haben. will er sich fr[eundlich?] erkleren, dorob Hessen et alii kein ungefallens haben solten. ultimo: h[erzog] Wilhelm [von Baiern] setzt sich wider i[h]n der chur halben³ et contra Ottonem Henricum der religion halber; hett im entboten, wolt ime thun, was im nit lieb wer. dweil er nun der religion halb meer occasion hab dan zuvor,⁴ so wolt sin [des Pfalzgrafen] notturft erfordern, verstand zu haben, was trost er in disem fall bi disen stenden haben und finden mecht; dan er mecht recht liden vor disen stenden. begert auch zu wissen, wer in der einigung were.»

«Landgrave hat vor essen mit den sachsichen stetten gehandelt, doch usserthab Bremen und Hamburg, und si ermant, sich nit us der hilf zu ziehen. haben uns die ret noch denselben morgen angezeigt, si haben zu antwort geben, das si nicht weiter erlegen, das si nit die meinung, sich von der verstentnüs zu thun, sonder das si in den anlagen uberlegt. so si aber geringert, woltten si sich nit absondern. darnach hab er mit in geredt der 15000 gulden halb, uf reuter zu verwenden. haben si bewilligt.»

31. Januar. Der engere Ausschuss berät und beschliesst über die dem Pfalzgrafen zu gebende Antwort. Nachmittags Verhandlung zwischen Pfalz und Hessen. Wenn Pfalz wegen der Kur von Baiern «angefochten» wird, und man erkennt, dass es im Grunde der Religion wegen geschieht, so wird ihm Bundeshülfe in Aussicht gestellt.

1. Februar. Sachsen, Hessen, Württemberg und Sturm erklären und erläutern den kölnischen und pfälzischen Gesandten den neuen Bundesentwurf, geben Auskunft über die Stände, auf deren Beitritt man hofft etc. «also ist man den abend abgescheiden: dweil dise ding alle uf bedacht und verner zusammenkunft standen, so wollen si es an iren genedigsten hern bringen; der werd die ding also bedenken.»

2. Februar. Die Stände schreiben an den Kurf. v. Köln, er solle auch die rheinischen Grafen für seine Sache zu gewinnen suchen.

Christoph von Carlowitz, als Gesandter des Herzogs Moritz von Sachsen, hat in der Ständeversammlung dargelegt, wie Moritz zur Erhaltung des Friedens im letzten Kriege gegen den Braunschweiger zu vermitteln gesucht, dem Herzog Heinrich zur Ergebung geraten und gütliche Handlung versprochen habe. Da nun der Landgraf ihn an die Stände gewiesen, so bitte

¹ «Si» ist verschrieben für «er».

² Bezieht sich auf die «neue Notel». Vgl. oben S. 709 (Jan. 26).

³ Ueber Baierns Bestrebungen, die pfälzische Kurwürde an sich zu bringen, vgl. Lenz III 359 ff.

⁴ D. h. weil Baiern, abgesehen von dem Kurstreit, jetzt auch der Religion wegen Anlass hat, dem Pfälzer Schlimmes zu gönnen.

er dieselben hiermit, ihm «handlung zu verstaten.» Fast die Mehrheit der Stände ist für Abschlagung des Gesuchs. «es wurd aber von etlichen bedacht, das es nit gut wer; dan man würd h. Moritzen erzurnen und ursach geben, dweil Carlowitz von hinnen zum kaiser ritt, doselbst villicht verner anzusuchen etc. derhalben besser, die sach suspendiren und hinder sich bringen. doruf ward auch dem usschutz bevelch gegeben.»

1 Prüfung der sächsischen und hessischen Rechnungen durch die Stände.¹

3. Februar. Fortsetzung der Rechnungsprüfung. Einige Einwände gegen die Rechnungen werden den sächsischen und hessischen Räten angezeigt.

Abreise des Pfalzgrafen und seiner Räte.

4. Februar. Erwiderung der hessischen Räte auf die Einwände gegen die Rechnung des Landgrafen. Replik der Stände.

Dem Gesandten des Herzogs Moritz wird, wie am 2. Februar beschlossen, die Antwort gegeben, dass die Stände die Werbung erst hintersichbringen müssten.

«Balthasar Alterius² zu einem agenten zu Venedig angenommen und im furschrift gegeben an h. zu Venedig und ein procuratorium.»

Dr. Hans von Metz, Johann Sturm und Johann Sleidan berichten über ihre fehlgeschlagenen Verhandlungen in Frankreich und England und überreichen ein Schreiben des französischen Königs.³ Sie fügen hinzu, dass «vil guter leut in Frankreich und Engelland gern sehen, das man die sach im anhang behielt und nit us den henden liess.» Die Stände erklären, dies in Bedacht ziehen zu wollen.

5. Februar. Hessen bringt einen Entwurf für einen neuen Bundesanschlag vor; «aber der weniger teil hat hoffnung dozu, sonderlich die sechsischen stett und Wirtenberg. so will der gemein pfennig bei Sachsen, Hessen, Wirtenberg, Augspurg etc. auch kein ansehen haben. gott geb, das wir uns zu nechsten tag zu sinen ehren vergleichen! amen.»

Hessen bringt wieder Kundschaften über allerlei Werbungen in Niederdeutschland. «daruf wider begert worden, sich [zu] entschliessen uf das wartgelt, so etlichen reuteren zu geben were. Ulme, Esslingen, Lindow, Hamburg haben nit bevelch; Mansfeld hofft. die andern bewilligt der merteil, so es ander auch thun, seien si willig. ist wider umbefragt, ob nit die stimmen schliessen mogen. ist nit fur gut angesehen, sonder das im abschid gemeldet wurde, das es der merteil stend fur gut angesehen, und das ein abteilung und anlag uf die stend gemacht.»⁴

¹ In einem Brief an Strassburg (ebenda) giebt Sturm den Betrag der sächsischen Rechnung mit 51 000, den der hessischen mit 112 000 fl. an.

² Altieri, ein Führer der evangelisch Gesinnten in Italien. Vgl. über ihn Lenz III 370, 375, 402 ff. Der Kurf. v. Sachsen weigerte sich, die von den Ständen beschlossene «Furschrift» für Altieri zu unterzeichnen, weil er ihm nicht traute. Neudecker Akt. 695.

³ Vgl. oben S. 691 A. 5 und Sleidans Briefe aus Frankfurt vom 6. und 8. Febr. bei Baumgarten 120 u. 121. Bei Neudecker Urk. 768 berichten die hessischen Gesandten, dass am 3. Januar eine geheime Botschaft Frankreichs in Frankfurt erschienen sei, die ähnliche Zusicherungen überbracht habe, wie sie der König früher schon dem Joh. Sturm gegeben. (Vgl. oben nr. 643). Auch sei der französische Gesandte beim Kurf. v. d. Pfalz gewesen. Vgl. auch Neudecker Akt. 569 A. Die Strassburger Akten enthalten über diese Botschaft nichts.

⁴ Nach einer Randnotiz sollten Sachsen und Hessen je 4000 fl. und Württemberg, Ulm und Augsburg zusammen ebenfalls 4000 fl. verwenden dürfen.

Bezüglich des Lands Braunschweig schlagen Sachsen und Hessen vor, 1) «das man das land teile und jedem hauptman ein teil eingebe, den stenden dovon rechnung zu thun; dan stathalter und ret wollen nit mer bleiben.» 2) teilen sie mit, dass einige Adlige des Landes Erstattung des Schadens verlangen, der ihnen durch den letzten Feldzug geschehen. 3) regen sie an, Württemberg und Pommern zur Bezahlung der Beiträge zu den Kriegskosten anzuhalten. Die Stände erwidern auf die beiden ersten Punkte ablehnend. Die Adligen sollten froh sein, dass sie von den Verbündeten vor Heinrichs Rache geschützt worden seien. Württemberg und Pommern sollten sich dem Spruch des Hauptmanns und der Kriegsräte in der Kriegskostenfrage unterwerfen.¹

Bericht an die allgemeine Versammlung über die mit Pfalz geführten Verhandlungen. «es haben sich auch Pfalz, Sachsen und Hessen verglichen, 3 man hinabzuschicken in stift Coln, die do besehen, was platz und munitio[n] der bischof hab, domit, so er eilends uberfallen, er nit unbereit were.»

6. Februar. Der Ausschuss rechnet aus, dass von den Bundesbeiträgen der sächsischen Stände zu den Kosten des letzten braunschweigischen Krieges noch 16940 fl. ausstehen. Nach deren Erlegung würden noch 8328 fl. zur Bezahlung der hessischen Rechnung fehlen. Um diesen Fehlbetrag zu decken, soll eine Umlage von 10000 fl. auf die Stände gemacht werden. Die hessischen Räte wollen die Meinung ihres Herren hierüber einholen.

7. Februar. «Haben die hessischen ret anzeigt, was des konigs von Engelland botschaften, Buclerus und Montius, fur antwort geben uf die artikel, so durch etliche vom ausschutz zu Worms ubergeben worden [nr. 576 und 588]; namlich, das sin kon. mt. solich artikel empfangen. dweil aber dieselben nit von gemeinen stenden sonder von etlichen sondern personen gestellt, so wissen sin ko. wurde doruf kein antwort [zu] geben. es moge aber der landgrave die sach an die andere stende gelangen lassen, und so den hierin etwas gelegen, mogen si ein botschaft zu ime, dem konig, schicken. so will sich ir mt. daruf vernemen lassen, und hofft ir mt., es werden dise stend die alt freuntschaft gegen ime vestiglich halten; das si er zu thun auch urbuttig.»²

Der Landgraf ist mit der von den Ständen vorgeschlagenen Anweisung auf noch ausstehende Beiträge zur Deckung seines Guthabens nicht einverstanden.

8. Februar. Es wird «ein Abschied gestellt[*], wie der landgrave bezahlt soll werden seines rest. haben die Sachsische begeret, man soll in uf beide fursten, Sachsen und Hessen, stöllen. ist beschehen». Neue Kundschaften von grossen Rüstungen des Kaisers. An die Stände, welche von ihren Beiträgen zum dritten Doppelmonat noch etwas schuldig sind, wird ein Mahnschreiben gerichtet. Die Anlage der Stände zur Aufbringung der 12000 fl. für Bestellung von Reitern [S. 711] wird verlesen. Strassburg hat danach 583 fl. zu zahlen. Schluss der Tagsatzung.

9. Februar. Abreise der oberländischen Gesandten von Frankfurt.

¹ Ueber die Behandlung der braunschweigischen Sache durch den Frankfurter Tag giebt Näheres G. Schmidt 85 ff.

² Kopie dieser englischen Werbung findet sich im Str. St. Arch. AA 530 f. 44. Vgl. G. Schmidt 92.